

Mahn- und Gedenkveranstaltung auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof Stukenbrock

## Proteste gegen Aufrüstung, Krieg und deutsche Waffenlieferungen

100 Jahre nach Beginn des 1. Weltkrieges und 75 Jahre nach Beginn des Zweiten fand aus Anlass des Antikriegstages die diesjährige Mahn- und Gedenkveranstaltung des Arbeitskreises Blumen für Stukenbrock statt. In seinem Aufruf erinnerte der Arbeitskreis daran, dass das „Nie wieder Krieg und nie wieder Faschismus“ von 1945 als stete Mahnung an die Überlebenden und die kommenden Generationen verstanden werden sollte. Und weiter „1990 schien der Kalte Krieg zwischen West und Ost friedlich beendet zu sein. Die Gegenwart zeigt, dass das nicht von allen Beteiligten so gesehen wurde. Die NATO erweiterte entgegen der damaligen Erwartungen ihren Einfluss nach Osten. Ihre Truppen stehen heute an den Grenzen Russlands.“

Zur Politik der Einkreisung Russlands und dem Krieg in der Ukraine fand Arno Klönne, Professor im Ruhestand aus Paderborn, deutliche Worte. Ukrainisches Territorium

sei immer wieder Objekt der Begehrlichkeit gewesen. Man müsse die Ursachen des Konfliktes untersuchen und sich in die Lage Russlands hineindenken, um zu verstehen, warum Russland sich durch die Erweiterung der NATO nach Osten bedroht fühle. Die westlichen geopolitischen Interessen in der Ukraine seien unübersehbar, wenn man genau hinschaue. Klönne sprach sich dafür aus, friedliche Wege zur Beendigung des Konfliktes zu gehen.

Der Hauptredner der diesjährigen Veranstaltung, Lühr Henken vom Bundesausschuss Friedensratschlag, forderte, Konflikte durch Verhandlungen und nicht durch Waffengewalt zu lösen. Er kritisierte deutsche Waffenexporte grundsätzlich und ganz aktuell die Waffenlieferungen an die Kurden im Irak. Die als Nothilfe an die Kurden im Nordirak deklarierten Lieferungen seien ein Tabubruch deutscher Außenpolitik. Er warnte davor, dass niemand den Verbleib der

Waffen kontrollieren könne. In dieser Region gebe es nicht zu wenig, sondern zu viele Waffen. Lühr Henken wies auf die vielen aktuellen Kriege in der Welt hin. Die aktuell wahrnehmbarsten seien in Afghanistan, Gaza, Irak, Jemen, Libyen, Mali, Nigeria, Pakistan, Somalia, Sudan, Südsudan, Syrien, Ukraine und Zentralafrika. Die NATO sei überall beteiligt und setzte ebenso wie die Bundesregierungen auf weltweiten Militärinterventionismus. Damit müsse Schluss sein. „Frieden kann man nur ohne Waffen schaffen.“

### Kontakt

#### Bundestagsbüro:

Inge Höger (v.i.S.d.P.)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Fon: 030-227-74330  
Fax: 030-227-76339  
Email: inge.hoeger@bundestag.de

#### Wahlkreisbüros:

##### HERFORD

Karlheinz Prowald  
Radewiger Str. 10, 32052 Herford  
Öffnungszeiten  
Mo. bis Do. 10-15 Uhr, Fr. 10-14 Uhr  
sowie nach Vereinbarung  
Fon: 05221-1749071  
Fax: 05221-1749073  
Email: inge.hoeger.wk@bundestag.de

##### BIELEFELD

Barbara Schmidt  
August-Bebel-Str. 126, 33602 Bielefeld  
Öffnungszeiten  
Mo. 13-16 Uhr, Di.-Do. 10-16 Uhr  
sowie nach Vereinbarung  
Fon: 0521 5202902  
Fax: 0521 5202903  
Email: inge.hoeger.wk02@bundestag.de  
www.inge-hoeger.de



Inge Höger legte auch in diesem Jahr einen Kranz nieder zum Gedenken an die Opfer des Zweiten Weltkrieges und mit der Mahnung „Für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung“

Inge Höger solidarisch mit verfolgtem Abgeordneten:

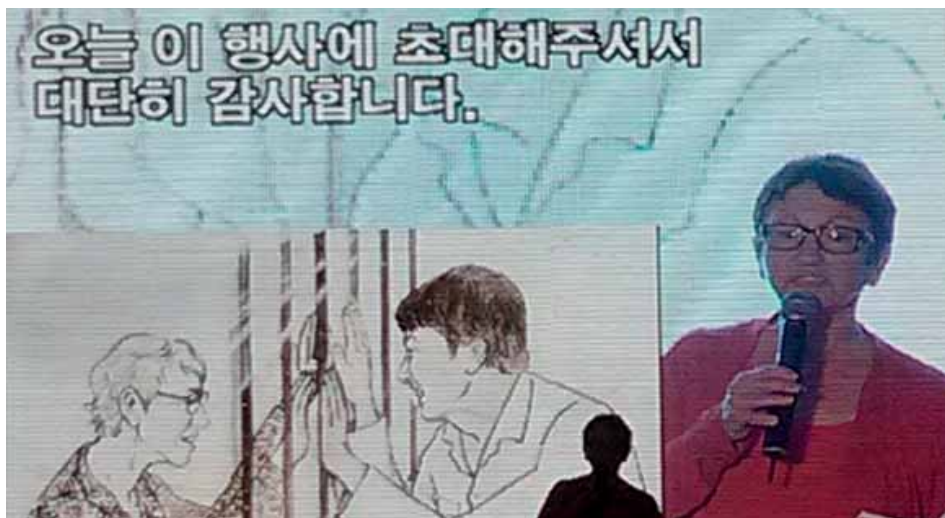
## Bedrängte Friedenspartei in Südkorea

Das geteilte Land Südkorea gehört mit Deutschland und Japan zu den drei Ländern mit den größten US-Militärbasen. Diese werden gegen den Protest der Bevölkerung weiter ausgebaut. Südkorea gehört regelmäßig zu den wichtigsten Empfängerländern deutscher Waffen, obwohl es ein Spannungsgebiet ist. Erst 1988 konnte in diesem Land die Militärdiktatur beendet werden. Die jetzige Präsidentin Park Geun-hye ist eine Tochter von Park Chung-hee, der 18 Jahre lang als Diktator über Südkorea herrschte.

Die Schwesterpartei der LINKEN, UPP (Vereinigte Fortschrittspartei), die sich als einzige Partei im Parlament für Friedensverhandlungen mit dem Norden einsetzt, hatte in einem Untersuchungsausschuss aufgedeckt, dass der Wahlerfolg der Präsidentin 2012 auch durch das aktive Eingreifen von mehr als hundert Geheimdienstmitarbeitern ermöglicht worden war. Dafür „bedankte“ sich die Justiz, indem sie ein Verbotsverfahren gegen die UPP einleitete und führende Parteimitglieder unter dem Vorwurf eines geplanten Umsturzversuchs verhaftete.

Inge Höger gelang es, den verhafteten Abgeordneten Lee Seok-Ki im Gefängnis zu treffen – allerdings unter strengen Sicherheitsvorkehrungen: ein Gespräch war nur durch eine Trennscheibe möglich. Höger erklärte anschließend, es sei »nicht akzeptabel, dass Menschen allein wegen der richtigen For-

derung nach einem Friedensvertrag zwischen dem Norden und Süden Koreas als Agenten Nordkoreas stigmatisiert und kriminalisiert werden«. Die Abgeordnete beantragte nun, ihren südkoreanischen Kollegen in das Programm »Parlamentarier schützen Parlamentarier« des Bundestages aufzunehmen.



Da im Gefängnis keine Bilder gemacht werden durften, gibt es nur eine Zeichnung vom Besuch bei dem inhaftierten südkoreanischen Parlamentarier Lee Seok-Ki.



NATO-Gipfel auf Eskalationskurs

## Internationale Friedensbewegung protestiert!

Anfang September trafen sich zahlreiche Staats- und Regierungschefs in einem Golfressort im walisischen Newport zum diesjährigen NATO-Gipfel. Möglichst unbeobachtet und ohne große Proteste wollten sie wie bei den vergangenen Gipfeln in Straßburg, Lissabon und Chicago ihren Kriegspakt stärken und gegen Russland ausrichten.

Zu den Ergebnissen des Gipfels gehört die Schaffung einer extrem schnellen Eingreifgruppe, die überall in der Welt einsetzbar sein soll sowie die Einrichtung einer Reihe

von NATO-Militärbasen im Osten des Bündnisgebietes, die im Normalfall „nur“ mit einigen hundert Soldaten besetzt sein sollen, die aber im Konfliktfall als Infrastruktur und Hauptquartier für die neue schnelle Eingreiftruppe und mehrere tausend Soldaten dienen können. Um dies und weitere Kriegsvorbereitungen finanzieren zu können, wurden die NATO-Staaten deutlich aufgefordert, mindestens zwei Prozent des Brutto-Inland-Produktes fürs Militär auszugeben. Für Deutschland würde dies eine Erhöhung

von 32 Mrd. auf etwa 50 Mrd. € bedeuten. Solche Pläne stoßen zum Glück auch in Wales auf klaren Widerstand. Unterstützt von der internationalen Antikriegsbewegung, darunter auch Inge Höger, wurde in Newport und Cardiff, gegen die NATO-Kriege und Aufrüstung protestiert – kreativ und friedlich. Eine Delegation übergab eine Erklärung gegen die Aufrüstung der NATO und ihre Kriege. Die Demonstranten forderten ein Ende der Kriege in der Ukraine, im Irak und Frieden in Palästina.

## LINKE Solidarität

## Soforthilfe für Gaza!

In mehr als 50 Tagen gnadenloser Bombardierungen tötete die israelische Armee in Gaza mehr als 2.200 Menschen – darunter sehr viele Frauen und Kinder – und verletzte fast 10.000 Menschen schwer. Die Bombardierungen machten tausende Familien obdachlos – 60.000 Menschen sind in Schulen der UN untergebracht. Von den 1,7 Mio. Einwohnern Gazas sind 1.2 Mio. Flüchtlinge – Opfer der israelischen Kriege und Vertreibungen. Die UN rechnet damit, dass Gaza im Jahre 2020 nicht mehr bewohnbar sein wird. Nur noch 2 % der Wasserressourcen Gazas sind trinkbar – die Wasseraufbereitungsanlagen werden immer wieder zerstört. Viele Straßen in Gaza sind wegen der Zerstörungen nicht einmal mehr erkennbar. 1,5 von 1,7 Mio. Menschen sind auf Lebensmittelhilfe angewiesen. Die Blockade ist mörderisch: Während 2007 noch 13000 LKW die Grenze nach Gaza passieren konnten, waren es 2013 ganze 23 Stück.

Das Verbrechen gegen die Menschen Gazas war nur möglich, weil der Westen schwieg, Ägypten kollaborierte und die arabischen Staaten keinen Finger für die PalästinenserInnen rührten. Die Bundesregierung hielt an ihrer Komplizenschaft mit der Besatzungs- und Kriegsmacht Israel fest, ungeachtet aller Verbrechen. Ganz anders die Menschen auf der Straße: 100.000ende demonstrierten in England, auch in Deutschland – in Berlin und vor allem in NRW – gingen Tausende gegen das Massaker auf die Straßen. Auch wenn Israel den Waffenstill-



stand immer wieder bricht – die Waffenruhe wird von den PalästinenserInnen als Sieg gefeiert, trotz der Angst und der Erwartung, dass Israel in ein paar Monaten erneut zuschlagen könnte. Bashar Shammout – Vorstand der Palästinensischen Gemeinde Paderborn – fordert in einem Schreiben an die linke Abgeordnete Annette Groth zum Handeln auf: „Umso wichtiger ist es jetzt zu handeln und alles zu tun, um dort endlich eine gerechte Lösung herbeizurufen; nicht nur unseretwegen, sondern und vor Allem, unseren Kindern und ihrer Zukunft wegen.“ Wir wollen als LINKE ein deutliches Zeichen der Solidarität an die Menschen in Gaza

schicken. Deshalb sammeln wir Sachspenden innerhalb der normalen Öffnungszeiten in den LINKE-Büros in Herford und Bielefeld. Benötigt werden haltbare Nahrungsmittel wie Reis, Mehl, Konserven (keine Nahrungsmittel mit abgelaufenem MHD), Medikamente wie etwa Schmerzmittel (keine abgelaufenen Medikamente), Verbandsmaterial und anderes medizinisches Material.

**Geldspenden können direkt auf das Konto der Deutsch-Palästinensischen Medizinischen Gesellschaft e.V. DPMG überwiesen werden:**  
**Postbank Dortmund;**  
**Konto Nr.: 999511461; BLZ: 44010046.**

### »Es waren doch unsere Nachbarn!«

Deportationen in Ostwestfalen-Lippe 1941-1945. Dieses Buch entstand zur gleichnamigen Ausstellung und enthält umfassende Informationen über die Deportationen in Ostwestfalen-Lippe in den Jahren 1941-1944. Darüber hinaus will es mit Anregungen und Beispielen für Formen des Gedenkens an die Opfer neue Perspektiven für unseren Umgang mit der Vergangenheit und heutiges Engagement in einer demokratischen Gesellschaft eröffnen. Inge Höger unterstützte die Neuauflage des Buches auch finanziell. Hrsg. von Jupp Asdonk, Dagmar Buchwald, Lutz Havemann, Uwe Horst und Bernd Wagner ist es jetzt zum Preis von 19.95 € im Klartext-Verlag erschienen.



### Brandanschläge auf Moscheen in Bielefeld

## Jetzt ein Zeichen gegen Rassismus setzen

Innerhalb weniger Tage gab es im August zwei Brandanschläge auf Moscheen in Bielefeld: Beide Male wurden Korane in Brand gesetzt, beide Male konnten Nachbarn, Gemeindeangehörige und Feuerwehr schlimmeres verhindern.

Mit großer Sorge beobachtet Die Linke, wie die Krisen im Nahen und Mittleren Osten genutzt werden, um Islamfeindlichkeit zu schüren. Ein Anschlag auf ein religiöses Gebäude – ob Moschee, Synagoge oder Kirche – ist ein Anschlag auf die Religionsfreiheit und damit auf Freiheit und Demokratie für alle. Jetzt ist es wichtig, die Brandanschläge zügig aufzuklären. Mindestens genauso wich-

tig aber ist es, deutliche Zeichen gegen jede Form von Rassismus zu setzen. Denn der wachsende alltägliche antimuslimische Rassismus in Deutschland, von dem die Morde des NSU nur die Spitze des Eisbergs sind, schafft ein Klima der Angst und Unsicherheit.

Wir stehen solidarisch an der Seite der von antimuslimischen Hassverbrechen Betroffenen, gegen Diskriminierung, für Religionsfreiheit und für gleiche Rechte für alle. Wir streiten für eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen gleichberechtigt zusammenleben – ohne Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Kultur oder Religion.



Die Auschwitzüberlebende Esther Bejarano und die Microphone Mafia

## Friedensfest auf dem Bielefelder Kesselbrink

# 100 Jahre 1. Weltkrieg mahnen: Krieg löst keine Probleme!

Vor 100 Jahren, am 28. Juli 1914, versammelten sich über 7.000 Menschen auf dem Bielefelder Kesselbrink, um gegen den drohenden Krieg zu demonstrieren. Ein paar Tage später begann dieser Krieg mit schrecklichen Gräueltaten, dem ersten Einsatz von Giftgas und dem Ergebnis von mindestens 17 Millionen Toten.

Anknüpfend an die Protestdemonstration feierten und diskutierten einige Hundert Menschen am 30.8.2014 am gleichen Ort, um heute Frieden einzufordern. Ein breites Bündnis von Gewerkschaften, Parteien, zivilen Organisationen und Einzelpersonen hatte aufgerufen: für eine friedliche Welt ohne Kriege und für ein ziviles Europa, von dem keine Kriege mehr ausgehen. In Zelten fanden Diskussionsrunden zu verschiedenen Themen statt. Peter Strutynski vom Kasseler Friedensratschlag beleuchtete die zurzeit stattfindenden Kriege in der Welt und nahm insbesondere zum Krieg gegen Gaza und in der Ukraine Stellung. Er forderte ein Ende aller Militärinterventionen und die Auflösung des NATO-Kriegsbündnisses. Im vielseitigen Kulturprogramm trug u.a. Eckhard Radau Antikriegsgedichte und Texte von Kurt Tucholsky und Erich Kästner vor und die lokale Rockband Hammerfest begeisterte mit ihren kritischen Texten trotz Regen. Zum Abschluss sang die Aus-

schwitzüberlebende Esther Bejarano mit der Microphone Mafia Lieder gegen Krieg und Faschismus.

Einigkeit herrscht bei allen Beteiligten: Der Kampf für Frieden ist so notwendig wie eh

und je. Mit dem Friedensfest wurde ein deutliches Zeichen für Frieden und Abrüstung gesetzt. Die Bielefelder Friedensinitiative wird weiter für dieses Ziel arbeiten.

Infos unter: [www.bielefelder-friedensini.de](http://www.bielefelder-friedensini.de)

## Sozialberatung im Wahlkreisbüro Herford

**Solidarität und Hilfe bei Problemen mit dem Jobcenter, Arbeitsamt oder Sozialamt gibt es zukünftig im Wahlkreisbüro Herford. Karlheinz Prowald, Mitarbeiter im Wahlkreisbüro, bietet regelmäßig mittwochs zwischen 12.00 - 15.00 Uhr eine Sozialberatung an. In dringenden Fällen können Termine auch außerhalb der Sprechstunde unter 05221 1749071 vereinbart werden.**

**Die Beratung umfasst:**

- die Erstantragsstellung,
- die Überprüfung von "Bescheiden",
- Hilfe bei der Abfassung von Widersprüchen gegen Entscheidungen des Jobcenters oder bei Überprüfungsanträgen, wenn der Verdacht besteht, dass das Jobcenter in der Vergangenheit falsche Bescheide erlassen hat,
- Beistand bei Behördengängen in besonderen Fällen,
- uva.

**Wenn weitere Rechtsberatung erforderlich ist, kann professionelle juristische Hilfe vermittelt werden.**